

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montags nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimer, in Leipzig: J. Neumann, Neumann & Neumann, in Hamburg: J. Neumann, Neumann & Neumann, in Frankfurt a. M.: J. Neumann, Neumann & Neumann.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2½ Uhr Nachmittags.

Berlin, 1. September. Die „Provincial-Correspondenz“ schreibt: Die Monarchen Oesterreichs und Preußens wollen eine Bundesfreundschaft schließen, da sie überzeugt sind, daß dadurch ihre eigenen Staaten wie Deutschland nur gewinnen können. Dann kann Oesterreich eben so wenig eifersüchtig auf einen Machtzuwachs blicken, den Preußen durch seine künftige Stellung zu dem neuen Schleswig-Holstein erhält, als es Preußen Ueberwindung kosten würde, Oesterreich in der Erfüllung seiner deutschen Aufgaben im Süden und Südosten kräftig zu unterstützen.

Weglich der Handelsverbindung mit Oesterreich schreibt die „Prov.-Corr.“: Es sei nicht annehmbar, daß von Erfüllung bestimmter Bedingungen dieserhalb das weitere Zusammengehen Oesterreichs und Preußens abhängig sei.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 1. Septbr. Ein Telegramm aus Genf meldet, daß Ferdinand Lassalle am Montag Mittag in einem Duell tödtlich verwundet worden und gestern gestorben ist.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

Bern, 31. August. Heute wurde in Genf der Präsident des Rathes der Altstadt, Fontanel, verhaftet, andere wichtige Verhaftungen sind bevorstehend, was einige Agitation verurteilt. Die Bundes-Commissäre haben ein Bataillon Infanterie und Dragoner zur Verstärkung verlangt, dem vom Bundesrathe entsprochen wurde.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

New York, 22. August. General Grant nahm am 19. d. die Position bei der Weldon-Eisenbahn ein; von den Conföderirten überfallen und wieder zurückgeworfen, verlor die Armee Grants 3000 Mann, verstärkte sich aber und besetzte bald darauf wieder die verlorene Position. Das Vorrücken des Generals Grants verursachte große Aufregung in Maryland. Wechselkurs auf London 280, Goldagio 156½, Baumwolle 182.

(W. Z. N.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 30. August. Der russische Großfürst Thronfolger Nicolaus ist gestern incognito hier eingetroffen, wird dem Vernehmen nach morgen nach Kiel gehen und sich wahrscheinlich von dort nach Kopenhagen begeben.

Hamburg, 31. August. Hier eingetroffene Berichte aus Copenhagen vom 30. d. melden: Der politische Ausschuss des Folkething beantragt, der Regierung die Petition der 119 Schleswiger zur Berücksichtigung zu überweisen und empfiehlt die Annahme folgenden Beschlusses: „Das Folkething spricht das Vertrauen aus, daß die Regierung bei dem Abschlusse des Friedens das natürliche und heilige Recht der Bevölkerung von Schleswig und der jütischen Enclaven vertreten werde, in einer freien Abstimmung, die in jeder einzelnen Gemeinde oder in jedem einzelnen Districte vorzunehmen ist, über ihr zukünftiges Schicksal zu entscheiden.“ Auch das Landsting hat diese Petition dem Ministerium zur Berücksichtigung empfohlen.

Polenprozeß.

* **Berlin.** Sitzung vom 31. August. Präsident Büchtemann fährt mit der Verhandlung gegen die Angeklagten Mrowinski, Dohnstein, Hoffmann, Oberfeldt und Kaniowski fort. Es werden die Schreibverständigen über die dem Ang. Mrowinski zugeschriebenen Schriftstücke vernommen. Das Gutachten derselben geht im Allgemeinen übereinstimmend dahin, daß die ihnen vorgelegten Schriftstücke, namentlich der erwähnte Vertrag über den Anlauf der Gewehre, eine Rechnung zc. von der Hand des Angell. M. herrühren. Der Ober-Staatsanwalt stellt den Antrag, die Aussagen der beiden Zeugen Buddaß und Seiffert zur Aufklärung zu lesen zu lassen. Gegen diesen Antrag erhebt der Dr. A. Lent Protest, da gesetzlich die Verlesung von Aussagen zur „Aufklärung“ eine Ausnahme sei, über welche der Beschluß des Gerichtshofes besonders zu motiviren sei. Dr. A. Deyde: Er stelle den Antrag, wenn die Verlesung beschlossen werden solle, dann auch den von ihm angeführten Beweis der Unglaubwürdigkeit des Zeugen Buddaß zu erheben. B., der vom Angeklagten Hoffmann entlassen sei, solle die Äußerung gemacht haben: Hoffmann solle an ihn denken. Dr. St. A. Adlung: Er habe nichts dagegen, daß der Beweis über die Glaubwürdigkeit des Zeugen erhoben werde. — Dr. A. Lent: Buddaß befindet sich neuerdings wieder in Untersuchung wegen Diebstahls und Unterschlagung. Die Staats-Anwaltschaft zu Grätz fahndet auf den Zeugen, könne ihn aber nicht finden. — In Betreff der Gutachten der Sachverständigen bemerkt er, daß ein Untergeordneter des Angeklagten (Chyplewski) eine Handschrift schreibe, die der des Angeklagten so vollkommen ähnlich sei, daß die Sachverständigen bei Vorlegung beider Handschriften diese für eine und dieselbe halten würden. Er bitte den Gerichtshof, sich durch den Augenschein selbst davon zu überzeugen. Demnach aber stelle er den Antrag, Gegenverständliche zu vernehmen und bei der Vernehmung der Schreibverständigen das Verfahren etwas zu ändern. Der Dr. St. A. Anwalt widerspricht diesen Anträgen. Der Gerichtshof beschließt: daß an die Staatsanwaltschaft zu Grätz in Betreff des Zeugen Buddaß eine Requisition erlassen werde. Der Antrag des Dr. St. A. Anwalts auf Verlesung der beiden Zeugen Aussagen wird abgelehnt, weil polizeiliche Recherchen eingeleitet seien über den Aufenthalt der Zeugen, und das Resultat erst abgewartet werden müsse. Dem Antrage der Verteidigung auf Vorladung von Gegenständlichen wird stattgegeben, dagegen könne das Verfahren bei Vernehmung der Gegenständlichen nicht geändert werden.

Paris, 30. August. Der Kaiser, der kaiserliche Prinz, Prinz Napoleon und Prinz Humbert sind heute nach Chalons abgereist. Morgen finden daselbst große Manöver statt.

Paris, 31. August. Die Rente eröffnete zu 66, 32½, italienische Rente zu 67, 60, Credit mobilier zu 1005, 00, Staatsbahn zu 435, 00.

Amsterdam, 31. August. Die niederländische Bank hat den Discount von 4½ pCt. auf 5 pCt. erhöht.

Turin, 31. August. Die „Stampa“ widerspricht dem Gerücht, daß nächstens eine neue Anleihe ausgegeben werden solle. Der Gesandte des Kaisers von Mexico sprach in der Audienz die Hoffnung aus, daß das gute Vernehmen zwischen den beiden Völkern sich befestigen werde, die derselben Race angehören und deren Regierungen auf dem Willen des Volkes, der Grundlage jedes freien Staatswesens, beruhen. Der König antwortete, er hege die Zuversicht, daß der Kaiser Maximilian, den er seit langer Zeit achte, seine Unterthanen glücklich machen werde.

Die letzten Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung.

Wie unsere Leser bereits gestern aus dem Bericht über die vorgestrige Stadtverordneten-Versammlung ersehen haben, ist die Vorlage, nach welcher die Commune fortan die gesamte Straßenreinigung übernehmen sollte, abgelehnt und vorläufig nur der Antrag angenommen, die Ausführung des Rehrichs und das Reinigen der Trümmen durch die Commune ausführen zu lassen. Durch die Ausführung dieses Beschlusses erwachsen der Stadt, abgesehen von den Einrichtungskosten, keine laufenden Mehrausgaben, oder wenigstens keine erheblichen Mehrausgaben.

Die ganze Angelegenheit erscheint uns nicht bloß in Hinsicht auf die Gesundheitspflege zc., sondern auch in Bezug auf die Reform unseres städtischen Steuerwesens von solcher Bedeutung zu sein, daß wir uns für verpflichtet halten, zur Fortsetzung der öffentlichen Discussion über diese Frage anzuregen. Es ist in hohem Grade wünschenswerth, daß die Bürgerschaft auch in weiteren Kreisen daran Theil nehme.

Was uns betrifft, so können wir uns mit der vorläufigen Ablehnung des Straßenreinigungsprojekts unter den obwaltenden Umständen nur einverstanden erklären, wenn gleich wir dabei keineswegs alle Einwendungen, welche gegen das Project in der Versammlung gemacht sind, unterschreiben. Wir sagen ausdrücklich: mit der vorläufigen Ablehnung; denn auch wir sind mit dem Herrn Oberbürgermeister und den Vertheidigern des Projectes der Meinung, daß Reinigung und Abfuhr später in einer Hand zu vereinigen sein werden. Trotzdem halten wir die Bedenken gegen die Anträge des Magistrats und der Commission für gerechtfertigt und die Vertagung des Projectes für nothwendig. Wir können auch in dieser Vertagung keine so große Gefahr erkennen, wie die Vertheidiger des Projectes. Man kann immerhin zugeben, daß eine bessere Reinigung der Straßen im Interesse der Gesundheits-Pflege durchaus wünschenswerth ist; aber die Behauptung, daß die Bürger Danzigs in Folge des gegenwärtigen Zustandes unserer Straßen das Mehr, was sie für die Reinigung an die Commune zahlen würden, jetzt an die Apotheker für Medicamente entrichten müssen, dürfte doch wohl eine starke Ueber-treibung sein. Das Hauptübel liegt bei uns tiefer. Jedenfalls, glauben wir, ist keine besondere Gefahr für den Gesundheitszustand der Einwohner mit einer kurzen Vertagung des Projectes verbunden, zumal da, wie der erste Redner, welcher gegen das Project sprach, hervorhob, bei dem gegenwärtigen Steinpflaster eine gute Straßenreinigung doch nicht möglich ist.

Es beginnt die Vernehmung des Angell. Mrowinski über die gegen ihn ferner erhobenen Anschuldigungen. Derselbe läßt sich dahin aus: Er habe die zu seiner Ausbildung nothwendigen Mittel von dem verstorbenen Grafen Dzialynski erhalten, und daraus erkläre sich wohl sein näheres Verhältniß zu demselben. Die Idee der Gründung einer landwirthschaftlichen Schule in Posen habe ihn die Verbindung mit dem Grafen Dzialynski erhalten, da er (Angell.) sich für diese Idee begeistert habe. Nach der Rückkunft des Grafen aus Kairo habe er sich zu ihm begeben und ihm den Plan vorgelegt. Da er sich aber für die Sache in jenem Augenblick zu wenig zu interessieren schien, sei er in landwirthschaftlichem Interesse von Posen nach Hannover, Lüneburg und Mecklenburg gereist und später, um die Mitte April, nach Polen. Schließlich sei er wieder auf seine alte Stellung nach dem Gute Gocieszyn, dessen Verwaltung ihm übertragen, zurückgekehrt. Demnach habe er wieder seinen Pflichten obgelegen und sei zum Wellmarkt nach Posen gekommen. Dasselbe suchte der Criminal-Commissarius Crusius ihn auf und bat ihn, dem Polizei-Präsidenten von Bärensprung eine Visite abzustatten. Er habe dies gethan und der Präsident habe ihn, nach allen Formen des gesellschaftlichen Lebens, sehr artig empfangen. Der Präsident leitete dabei das Gespräch auf den Aufstand in Polen und auf den Grafen Dzialynski, sagte ihm, daß er (Ang.) bei der Sache theilhaftig sein sollte, daß namentlich Schriften von ihm vorgefunden seien, daß er mit dem Grafen in Verbindung stehen solle, er möge dies nur zugeben, es würde daraus keine Unannehmlichkeit für ihn er-

Ein gerechtfertigtes Bedenken gegen die der Stadtverordneten-Versammlung Seitens der Commission gemachte Vorlage liegt nun zunächst darin, daß sie in Bezug auf den finanziellen Theil durchaus unvollständig ist. Die Majorität der Commission hat sich dahin entschieden, daß die laufenden Kosten sowohl wie die einmaligen für das Straßenreinigungs-Institut von der Kammerkasse übernommen werden sollen. Dadurch würden die jährlichen Ausgaben um die sehr erhebliche Summe von 20,000 R. erhöht. Gleichwohl hat die Commission in ihrem Bericht keinerlei Nachweis darüber geführt, wie diese Summe jährlich zu beschaffen wäre. Ohne einen solchen Nachweis vor sich zu haben, konnten aber diejenigen, welche prinzipiell mit der Majorität der Commission einverstanden waren, unmöglich für das Project stimmen. Schon aus diesem Grunde allein hätte die Vorlage an die Commission zurückgegeben werden müssen, ehe es zur Abstimmung über die sub II. enthaltenen Anträge des Commissionsberichtes kam.

Indes auch diejenigen, welche nicht mit dem Vorschlage der Majorität der Commission einverstanden waren, sondern mit dem Magistrat die Aufbringung der Kosten durch die Hausbesitzer wünschten, konnten Bedenken tragen dem Project zuzustimmen. Sehr richtig wurde von dem ersten Redner, der gegen dasselbe sprach, hervorgehoben, daß die finanzielle Seite desselben im Zusammenhang mit dem Project der Wasserleitung und Canalisirung der Stadt behandelt werden müsse. Bei so großen Reformen, wie sie in Aussicht stehen, muß man vor Allem eine klare Uebersicht über die Summe der erforderlichen Mittel und über die Art der Deckung derselben haben. Schon die Wasserleitung und Canalisirung allein werden zur Verzinsung und Amortisation ihrer Anlagelosten ca. 60,000 R. jährlich beanspruchen. Gegenüber solchen bevorstehenden Forderungen ist es allerdings ein durchaus gerechtfertigtes Verlangen, zunächst eine klare Uebersicht über das Nothwendige und über die Aufbringung der Mittel zu erhalten.

Ein weiteres Bedenken gegen die Vorlage liegt für uns darin, daß sie das bisherige Princip der Besteuerung verläßt, ohne gleichzeitig an eine Reform der gesamten Steuerhebung zu denken. Es ist durchaus richtig, wenn die Majorität der Commission die Reinigung der Straßen für eine öffentliche, der Commune zufallende Angelegenheit erklärt. Eben daher muß auch die dazu erforderliche Summe eben so gut im Wege der Besteuerung aufgebracht werden, wie jede andere Summe, welche zu ähnlichen Zwecken verwandt wird. Wir tabeln damit keineswegs den Modus der Besteuerung, welcher von dem Magistrat vorgeschlagen wird, wir halten nur die damit eingeführte Ungleichmäßigkeit in der Besteuerung für unzulässig. Doch über diese mit der Reform der Besteuerung im Zusammenhange stehende wichtige Frage in einem andern Artikel.

Politische Uebersicht.

Die Friedensverhandlungen scheinen wieder eine Unterbrechung erfahren zu haben. Die „Kreuztg.“ schreibt dieselbe der großen Schwierigkeit der finanziellen Auseinandersetzung zu. Von deutscher Seite werde eine Rückvergütung an die Herzogthümer aus dem Ertrage der Sundzoll-Ablösung verlangt und von dänischer Seite entschieden verweigert. Die Dänen geben zu verstehen, daß sie es vorziehen, es aufs Aeußerste ankommen zu lassen, als in etwas zu willigen, was ihren Staat vollends ruiniren würde. Wiener Nachrichten zufolge verlangt Oesterreich die Erstattung auch der Kriegskosten, welche im Jahre 1850 im Interesse der Herzogthümer ausbezahlt worden. Einemwunderliche Forderung! Dafür daß Oesterreich im Bunde mit Preußen die Herzogthümer

wachsen und er sofort wieder freigelassen werden. Er habe damals gesagt, was er gegenwärtig erklärt habe. Darauf habe ihm der Präsident die unangenehme Nachricht gegeben, daß er in das Polizeigefängniß abgeführt werden müsse. Aus der ihm vom Präsidenten angebotenen Freiheit und Nichtverantwortlichkeit hätte er wohl Nutzen ziehen können, dies aber im Gefühle seiner Unschuld nicht gethan. Er müsse dem Gerichtshofe überlassen, was er glauben wolle, ob er seine durch Zeugen unterstützte, oder die Aussage der Schreibverständigen für glaubwürdiger halte. Der Angeklagte beruft sich darauf, daß sehr viele Personen vernommen seien, daß Niemand etwas gegen ihn ausgesagt habe, viele davon ihn gar nicht gekannt hätten. Bei Hoffmann sei er einige Mal gewesen, das habe er zugestanden. Am Schlusse behauptete die Anklage, daß er nach dem Anlauf der Waffen nach Polen gereist wäre, um dort als Kassirer der Jung'schen Colonie zu fungiren. Dies folgere die Anklage namentlich aus zwei Schreiben des Ang. v. Mantewski. Die zwischen ihm vernommenen Ang. v. Mantewski, v. Mrowczynski und v. Seydewitz erklären, den Ang. v. Mrowinski nie im Lager gesehen zu haben. Hinsichtlich der Notizen in der Dzialynski'schen Briefstasche müsse er widersprechen, daß er Gelder erhalten habe. Der Name mit den Anfangsbuchstaben „Mrow.“ sei nicht selten in der Provinz Posen. In demselben Verhältniß, wie er, hätten viele junge Leute zum Grafen Dzialynski gefunden, da der Graf viele junge Leute habe studiren lassen. Wenn ihm der Vorwurf gemacht würde, daß er sich durch einen anderen Schnitt des Bartes habe stellen wollen, so bemerke er, daß er von allen seinen Bekannten nach der Veränderung sofort wiedererkannt worden sei. Er erkenne an, daß die ihm vorgehaltenen Schriften große Ähnlichkeit mit seiner Handschrift hätten; wäre er nicht in Haft, so würde er verschiedene Muster solcher Handschriften beibringen können. Er befinde sich seit 14 Monaten in Haft und es dürfte wohl an der Zeit sein, daß er nunmehr seiner Haft entlassen würde.

Nachdem R. A. Lent noch einige Beweisankträge in Betreff dieses Angeklagten gestellt, tritt die Pause ein. Nach Wie-

1850 an Dänemark zurück geliefert hat, will es sich jetzt die Kosten für diese „im Interesse der Herzogthümer“ (1) unternehmen. Thut zurückzahlen lassen. Von wem denn? Womöglich noch von den Herzogthümern selbst. Was Preußens Stellung auf der Wiener Conferenz anbetrifft, so schreibt man uns darüber aus Berlin, daß dasselbe an dem Inhalt der Präliminarien festhalten wolle, daß es dagegen in Bezug auf die finanzielle Auseinandersetzung „von harten und unbilligen Bedingungen“ gegen Dänemark absehen, gleichzeitig aber auch die Herzogthümer vor zu schweren Lasten schützen werde.“ Das letztere ist jedenfalls sehr wünschenswerth.

In der Zollfrage stehen demnächst neue Verhandlungen in Berlin bevor. Man schreibt darüber von dort officiell: „Es soll preussischerseits, so weit es irgend möglich ist, versucht werden, ob nicht eine Verständigung erzielt werden kann. Hierzu sollen in Berlin, voraussichtlich bereits in nächster Zeit, Conferenzen von Fachmännern Preußens und Oesterreichs eröffnet werden. Jedoch ist von einer Beilegung süddeutscher Staaten an derselben nicht die Rede. Diesen soll es anheim gegeben sein, ob sie bis zum 1. October, bis wohin sie ohne Weiteres dem Zollverein hinzutreten können, diesen Schritt thun wollen. Ihnen können besondere Bedingungen für ihren Beitritt zu dem Zollvereins-Vertrag vom 8. Juni nicht gewährt werden. — Sollten die Verhandlungen Preußens mit Oesterreich wegen der Zollvereinigung nicht zum Resultate geführt werden können, so wird dies keineswegs eine Veranlassung zu einer Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Wien werden. Diese haben sich durch das persönliche Begegnen unseres Königs mit dem Kaiser von Oesterreich in der Weise gesteigert, daß man in Wien einer Befestigung der preussischen Macht im Norden durchaus keine Schwierigkeiten entgegen stellen würde, eben so wenig wie Preußen nie als Gegner auftreten würde, wenn Oesterreich in die Lage käme, in seinem und Deutschlands Interesse eine größere Machtentwidelung im Süden Deutschlands eintreten zu lassen.“

Ob diese Hoffnungen sich nicht, wie manche andere, welche sich an das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen knüpften, als sehr falsch erweisen werden, wird sich ja bald zeigen.

Wie die „B. B. Z.“ aus Stuttgart erfahren hat, steht ein Anschluß Württembergs an den reconstituirten Zollverein demnächst bevor.

Oesterreich hat den Großherzog von Oldenburg aufgefordert, die Motivierung seiner angeblichen Ansprüche auf die Herzogthümer zu beschleunigen.

In Wien werden die angeblich zwischen Frankreich und Preußen sich anbahnenden Beziehungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Man berichtet von mehreren Seiten, daß Frankreich noch jetzt die Verwirklichung einer Nationalitäts-Abstimmung im Norden Schlesiens anstrebe und in diesem Sinne auf Preußen einzuwirken versuche werde. Mehrere officiële Wiener Correspondenten gehen in ihrer Besorgnis schon sehr weit. So erkennt derjenige der „Hamb. B. Z.“ bereits die Fäden eines gegen Oesterreich gerichteten Planes: „Zwischen Paris und Turin soll etwas im Werke sein, die italienische Frage langsam aber sicher wieder in Fluß zu bringen. Die römische Frage, wollen Gerüchte wissen, soll zunächst in Angriff genommen werden. Diese Gerüchte würden wohl ausgebreitet, um die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Zielpunkten der französisch-italienischen Verhandlungen, von Venetien, abzulenken. Man glaubt in Wien, daß der Pariser Hof sich ernstlich mit den Einleitungen zur diplomatischen Inszenirung der venetianischen Frage beschäftigt. Auf die beabsichtigte Anregung der venetianischen Frage deutet man die in Südtirol entdeckte, durch ganz Venetien verzweigte Verschwörung hin (?), so wie die offenbare Ertaltung zwischen Wien und Paris in jüngster Zeit, die man, da Oesterreich zu solcher keinen Grund gegeben, als absichtliche Einleitung zu

dereröffnung der Sitzung richtet der Präsident an den Oberstaatsanwalt die Frage, ob er gegen den Antrag des Angeklagten auf Freilassung etwas zu bemerken habe. Der Oberstaatsanwalt protestirt dagegen. Auf Veranlassung des R. A. Lent nimmt der Angeklagte diesen Antrag vorläufig zurück, da erst noch einige Bezeugen vernommen werden müssen. Der Gerichtshof hat die oben erwähnten Beweisangebote des Verteidigers als unerheblich abgelehnt.

Ang. Mrowinski ergreift noch einmal das Wort: Der Herr Präsident habe nicht die Frage an ihn gerichtet, welche Ausichten in Betreff Preußens genommen worden seien. In Bezug auf den preussischen Antheil an Polen, wolle er vor dem Gerichtshofe, den Menschen und vor Gott erklären, daß, was ihn anlange, der Gedanke an Losreißung desselben ihm nicht in den Sinn gekommen sei. Was den Grafen Dzialinski anlange, so könne er versichern, daß derselbe sehr oft geäußert habe, daß man jeden Zusammenstoß mit Preußen vermeiden müsse, daß man sich vielmehr die Sympathien der preussischen Regierung für den Aufstand in Polen erwerben müsse. Derselbe habe nicht mit einem Worte angegeben, daß man später auch gegen Preußen loschlagen wolle.

Der folgende Angeklagte ist der Waffenhändler Adolph Hoffmann aus Posen. Der Präsident macht demselben zunächst bemerkt, daß sein Geschäft sich in der letzten Zeit fast um das Dreifache vergrößert habe; der Ang. bestreitet dies. Prä: Sie sollen nach der Anlage für den Contract die Summe von fünfzig Thalern erhalten haben. — Ang.: Das weiß ich nicht. Ich habe öfter fünfzig Thaler erhalten.

Ueber den Schluß der Vernehmung dieses Ang., so wie über die Vernehmung des Ang. Galanteriewarenhändler Louis Dhnstein aus Lissa, berichten wir morgen. Wir bemerken nur, daß der Verteidiger der beiden Angeklagten R. A. Deycks am Schluß der Vernehmungen den Antrag auf sofortige Freilassung derselben stellte und näher begründete. Der Gerichtshof lehnte den Antrag für jetzt noch ab, da in Betreff dieser Angeklagten morgen noch eine Beweisaufnahme stattfinden muß.

Die „Epen. Ztg.“ erzählt von einem eigenthümlichen Zweikampf, der vorgestern vor den Thoren Berlins, in der Hagenau, angepaßt worden ist. Die beiden Paktanten waren zwei junge, den besseren Ständen angehörige Damen, welche über ihre gegenseitigen Liebhaber mit einander in Streit gerathen waren. Die Waffen bestanden nicht etwa in Säbeln, Pistolen oder anderen Mordinstrumenten, sondern in zwei biegsamen Stöcken. Eine Freundin der beiden Duellantinnen war die Unparteiische des ungewöhnlichen Zweikampfs. Der Kampf wurde bald so heftig, daß die beiden Paktantinnen ihre Stöcke fortwarfen und sich gegenseitig mit Fäusten und Nägeln bearbeiteten. Alle Bemühungen der Unparteiischen des Duells, die Kämpfenden zu trennen, waren vergeblich, nur durch die Ankunft mehrerer Männer konnten die beiden feindlichen Damen zur Aufgabe des Kampfes bewegt werden, nachdem von beiden Seiten bereits Blut geflossen und der einen Dame das rechte Auge förmlich ausgekratzt war. Da die Toiletten der Damen durch das anhaltende Geschrei sehr bedrängt waren, so mußten sie sich per Droschke nach Hause begeben.

künftigen Situationen von den Tuilerien aus merken zu lassen beabsichtigt sei.“

Die Preussischen Provinzial-Landtage werden in allen Provinzen mit Ausnahme von Brandenburg und Posen am 2. October zusammentreten. Die Landtage der beiden westlichen Provinzen werden nach der „Kreuztg.“ in dieser Session außer den laufenden provincialständischen Geschäften auch noch die ihnen durch das Grundstenergesetz zugewiesene Mitwirkung bei der Subpartition der Steuer auszuüben haben. Die Central-Commission zur Feststellung der Grundsteuer tritt bald darauf in Berlin zusammen.

Volkswirtschaftlicher Congress in Hannover.

In No. 2582 haben wir bereits über den Verlauf der ersten Sitzung berichtet. Die Frage über Einkommensteuer und Decret mit Bezug auf Gemeinde und Staat, auf welche wir noch häufiger zurückkommen werden, wurde bis zum nächsten Congreß vertagt. Der ständige Ausschuß soll darüber eine umfassende Vorlage machen. — Alsdann nahm der Congreß eine Resolution an, in welcher das Verbot des öffentlichen sog. Hazardspiels und die Uneintragbarkeit solcher Schulden, die Aufhebung der Spielbanken, Staatslotterien, Abschaffung der Prämien-Anleihen befürwortet wurde.

In der Canalfrage wurde eine Resolution angenommen, welche die Anlage derselben, und zwar durch die Privatindustrie (Actiengesellschaften) empfiehlt. Auch der Staat könne, so weit er ein directes Interesse habe, mitwirken, doch nur als Interessent mit einem seiner Betheiligung entsprechenden Stimmrecht.

In der Bankfrage wurden folgende Resolutionen angenommen: 1) Ein Gesetzeszwang, einlösbares Banknoten anstatt des klingenden Geldes zu nehmen, schwächt die natürliche Schutzwehr gegen übermäßige Notenausgabe. 2) „Unlösbares Papiergeld, sowohl Staatspapiere, wie Noten einer Bank, welcher gesetzlich die Einlösung ihrer Baarzahlungen gestattet worden ist, erleiden im Uebermaße herausgegeben“ u. s. w. 3) Ein staatlicher Zwang, solche Noten zum Paricours, den sie factisch nicht haben, in Zahlung zu nehmen, bringt in den Wirtschaftsverkehr die schädlichste Unsicherheit, — er führt die wirtschaftliche Normirung der Preis-Verhältnisse und die davon abhängige Vertheilung der Productionskraft und vermehrt die Ungleichheit, womit eine Geldentwerthung auf die verschiedenen Erwerbsklassen und am meisten auf die Arbeiter drückt. — Für alle aus früheren Verträgen Berechtigten bildet dieser sogenannte Zwangscours eine gewaltsame Rechtsverfälschung.

In der Eisenbahnfrage wurde die in Stuttgart 1861 gefasste Resolution wiederholt, welche es für Aufgabe des Staates erklärt, die Entstehung concurrirender Transportanstalten nach Möglichkeit zu erleichtern.

In der Frage betr. die Handelsgerichte sprach der Congreß seine Ueberzeugung wie folgt aus:

I. Zur Sicherung der gleichmäßigen Auslegung und Weiterbildung der in der deutschen Wechselordnung und dem deutschen Handelsgesetzbuche gewonnenen gemeinsamen Rechtsgrundlage ist die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für ganz Deutschland zur Entscheidung von handelsrechtlichen Streitigkeiten ein unabweisliches Bedürfniß des kaufmännischen Verkehrs. II. Als das unter gegebenen Verhältnissen einfachste und zugleich alle Anforderungen an eine gute Rechtsprechung erfüllende Mittel zur Erreichung dieses Zweckes empfiehlt sich, das Ober-Appellationsgericht der vier freien Städte zu Lübeck, unter Verstärkung dessen Personals auf gemeinsame Kosten, durch Auftrag sämtlicher deutschen Staaten mit der bezeichneten Function zu bekleiden. III. Es ist nicht erforderlich, daß dem so bestellten Gerichte die Entscheidung der Thatsache und der einschlagenden Rechtsfragen aus anderen Rechtsgebieten mit übertragen werde, sondern es genügt, daß dessen Zuständigkeit auf die Entscheidung derjenigen, in dem einzelnen Falle erheblichen Handelsrechtsfragen beschränkt wird, welche ihm von dem betreffenden, in letzter Instanz erkennenden Landesgerichte auf Antrag der Parteien oder von Amtswegen zugewiesen werden. VI. Der Congreß erklärt ferner: Es folgt aus dem Wesen des Handelsrechts und liegt im Interesse einer dem wirtschaftlichen Bedürfniß entsprechenden Fortbildung desselben, daß für die zur Entscheidung von Handelsstreitigkeiten zu errichtenden besonderen Gerichten Kaufleute unter dem Vorbehalt von einem rechtsgelehrten Richter zu Richtern bestellt werden.“

Ferner wurde verhandelt die Frage: Stellvertretung in der Wehrpflicht. Es liegen zwei Anträge vor. 1) von Faucher: Die durch die allgemeine Wehrpflicht der Gesellschaft aufgelegten wirtschaftlichen Opfer treffen dieselbe gewichtiger in den Söhnen der Arbeiter, als in den Söhnen der Wohlhabenden. Die Stellvertretung opfert daher militärische Kraft und ist nur erklärlich durch den Zweck, ein stärkeres Contingent von Berufssoldaten in Reich und Glied zu erlangen. Dieser Zweck wird auf wirtschaftlichere Weise und ohne den, den Bestand der Gesellschaft gefährdenden Miß zwischen Besitzenden und Besitzlosen, den die Stellvertretung in sich birgt, erreicht auf dem Wege einer Vermehrung der Capitulanten durch angemessenes Solangebot auf Kosten der Gesamtheit und Vertheilung der hierdurch zu ermäßigenden Militärbefreiung durch gleichförmige Abkürzung der Dienstzeit sämtlicher Wehrpflichtigen. 2) v. Lette: Das volkswirtschaftliche Prinzip der Theilung der Arbeit findet keine Anwendung auf die allgemeine Wehrpflicht. — Die Stellvertretung selbst wurde von allen Rednern, mit Ausnahme von Hopf (Gotha) verworfen; es wurde geltend gemacht, daß die Militärdienstleistung nicht ein dem Principe der Arbeitstheilung unterworfenen bürgerlicher Beruf, sondern eine patriotisch-sittliche Pflicht sei. Das Interesse, das für die Stellvertretung in das Feld geführt wird, ist wesentlich die Nothwendigkeit, eine größere Anzahl von Berufssoldaten zu schaffen. Diesem Interesse kann durch Vermehrung der Capitulanten unter Erhöhung ihres Solbes entsprochen werden, wie Faucher, Wolff, Michaelis und Meyer (Bremen) hervorhoben. Dr. Engel und Dr. Lange (Duisburg) empfehlen eine Militärsteuer, wie sie in der Schweiz besteht, für die Dienstunfähigen. Eine solche Steuer wurde von den obengenannten Rednern als ungerecht bekämpft. Das Resultat der Debatte war die Niederlegung einer Commission, die dem nächsten Congreß eine eingehende Denkschrift vorlegen soll. Der Handelsvertrag mit Rußland wurde von der Tagesordnung abgesetzt, und übernahm Michaelis, dem nächsten Congreß eine Denkschrift darüber vorzulegen. — In Betreff der Häusergenossenschaften legt die Commission folgenden Antrag vor: In Erwägung 1) daß eine gesunde und angemessene Wohnung der Ausgangspunkt aller sittlichen und materiellen Wohlfahrt ist, an vielen ländlichen und städtischen Orten aber durch die Privatindustrie einzelner Bauunternehmer dem Bedürfniß, vorzugsweise für die arbeitenden Klassen, nicht abgeholfen wird; 2) daß das System der genossenschaftlichen Selbsthilfe zum Zweck der Erwerbung eines eigenen Besitzthums auch auf die Herstellung gesunder und angemessener Arbeiterwohnungen Anwendung fin-

det, ohne dabei die Errichtung von Baugesellschaften (Capitalistenvereinen) und Baubeförderungsvereinen auszuschließen; 3) daß jedoch der Gegenstand zur Zeit weder öconomisch noch technisch vollständig vorbereitet ist — beschließt der Congreß: „Es wird eine Commission niedergesetzt, welche, über Einrichtung und Erfolge der in Deutschland und im Auslande bestehenden Baugenossenschaften und Baubeförderungsvereine, so wie über die Einrichtung zweckmäßiger und gesunder Wohnungen genauere Materialien sammelt; sich über die der Bildung solcher Genossenschaften etwa entgegenstehenden Hindernisse, wie über die Mittel und Wege zu deren Veseitigung, ingleichen über die etwa erforderlichen legislativen und administrativen Anordnungen zum Zweck der Herstellung und Erhaltung angemessener und gesunder Wohnungen zu unterrichten hat; dem nächsten Congreß Bericht erstattet.“ Nachdem derselbe auch von Huber vertheidigt worden, wird er angenommen.

In die ständige Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses sind gewählt: Braun (Wiesbaden), Lette (Berlin), Michaelis (Berlin), Faucher (Wachwitz), Böhmert (Bremen), Hopf (Gotha), Müller (Stuttgart), Albrecht (Dresden), Schulze-Delisch. Von den Gewählten wurden hinzugezogen: Klassen-Cappellmann (Köln), Grumbrecht (Hamburg), Dr. Weigel (Cassel), Prof. Schröder (Mannheim), Fabrikant Knorr (München), Dr. Wolff (Stettin), Dr. Kengsch (Dresden), Sonnemann (Frankfurt), Prince-Smith (Berlin), Wichmann (Hamburg), Ruppell (Danzig), Straderjan (Oldenburg). Zum Präsidenten wurde Lette und zum Schatzmeister Hopf wiedergewählt.

Deutschland.

Berlin. Der Prinz und die Frau Prinzessin Karl sind gestern Nachmittags in Baden-Baden eingetroffen und werden, wie es heißt mit Sr. Maj. dem Könige von dort nach Potsdam zurückkehren.

Der Leibarzt der Königin von England, Sir Charles Locock ist hier eingetroffen, um in der nächsten Zeit in der Umgebung der Frau Kronprinzessin zu bleiben.

Einer Mittheilung der „Kieler Ztg.“ zufolge wurde die Leiche des Professors an der Universität zu Berlin, v. Bärensprung, welcher sich seit einiger Zeit geisteskrank in Bornheim bei Kiel aufhielt, am 26. Aug. in Kiel bei der sogenannten Schloßterrasse aus dem Wasser gezogen.

(Sp. 3) Aus Stettin ist gestern die Nachricht von der Zahlungs-Einstellung des Vorstehers der dortigen Kaufmannschaft, Herrn Lüderis, eingetroffen. Derselbe betrieb ein sehr bedeutendes Hering- und Kibereizegeschäft. Die Passiva werden mutmaßlich nicht gering sein und hauptsächlich das Ausland treffen.

Krefeld, 30. August. (Rh. Ztg.) Die Stadtverordneten haben die Beilegung an der Kronprinzlistung abgelehnt, indem sie den Staat für verpflichtet halten, für ausreichende Versorgung der Invaliden die nöthigen Veranstaltungen zu treffen.

Köln. (Rhein. Ztg.) Der Proceß gegen den Kaufmann Phil. Braun wegen Herausgabe der kurzgefaßten Denkschrift der freien religiösen Gemeinde zu Köln über die Reliquien der heiligen drei Könige wurde gestern vor dem Landgericht in zweiter Instanz verhandelt. Das erste Urtheil lautete auf drei Tage Gefängniß. In zweiter Instanz erfolgte vollständige Freisprechung und Aufhebung der Verhaftung der Schrift.

Danzig, den 1. September.

* Wie wir vernehmen, soll noch im Laufe dieses Monats, etwa den 25., die Corvette „Hertha“ vom Stapel laufen. Es heißt, daß möglicherweise S. M. der König zu dieser Zeit hier eintreffen werde.

* Den Mannschaften, welche sich bei dem Seegefecht bei Jasmund ausgezeichnet haben und bereits mit dem preussischen Militär-Ehrenzeichen decorirt sind, hat der Kaiser von Oesterreich ebenfalls Ordens-Decorationen (silberne Medaillen am roth-weißen Bande mit dem Bildniß des Kaisers) ertheilt.

* Am 29. August starb an Bord S. M. Aviso „Coreley“ der Maschinist Zimmermann in Folge einer Schlagverletzung. Derselbe diente seit 18.9 in der Marine und erwarb sich in dem jetzigen Kriege das preussische Militär-Ehrenzeichen und die österreichische Tapferkeits-Medaille.

* Gestern Nachmittag feierten die Elementarschüler ihr diesjähriges Turnfest in Jäskenthall. Unter Leitung ihrer Lehrer wurden Turnspiele aller Art exercirt, die gute Fortschritte zeigten. Nach Schluß des Turnens vertheilte Herr Schulrath Kreyenberg, welcher mit Herrn Stadtrath Ladewig der Feier beizuwohnte, Prämien an die Turner. Gegen 9 Uhr kam die frühe Schaar mit Musik, Fahnen und ambulantem Feuerwerk wieder zur Stadt zurück. Beim Passiren des Schützenhauses beleuchtete eine rothe bengalische Flamme den langen Zug.

§ Die Feststellung der betreffenden Rechnung hat ergeben, daß am 14. v. M. Seitens des Gewerbevereins veranlaßte Extragabrt nach den oberländischen Canalbauten in Summa 402 Thlr. 20 Sgr. 6 Pf. gekostet. Die Einnahme betrug (von 177 Theilnehmern) 528 Thlr.; es ist demnach ein Ueberschuß verblieben, in Folge dessen sich, nach Abzug eines Injectionskosten-Betrages, für den Einzelnen ein Ueberschuß von 21 Sgr. ergibt, welcher bis zum 15. d. M. bei dem Castellan des Gewerbehauses, bei dem auch die specielle Rechnung einzusehen ist, gegen Vorzeigung der Fahrбилете, in Empfang genommen werden kann. Beträge, welche bis zu dem genannten Termine nicht beansprucht werden, sollen, nach Beschluß des Vorstandes, der Kasse des Bürger-Unterstützungs-Fonds zufließen.

* Gestern Abend fuhrn 7 junge Leute spazieren und als endlich der Droschkentreiber Zahlung verlangte, erhielt derselbe statt dieser von einem der Mitfahrenden Mißfertigkeit, so daß er besinnungslos liegen blieb. Polizeibefehl war nicht gleich zu bekommen und so entkam die Uebelthäter.

J. Graudenz, 31. August. So eben sind die Reserven des hier und in Strasburg stationirten 45. Regiments in ihre Heimath entlassen, darunter gegen 40 Mann der zwölften ehemals v. Besser'schen Compagnie, welche nach ihrer Entlassung aus der Festungshaft bis heute ihrer Militärdienstzeit genügen mußten. Sie waren bereits gestern, wo sie schon außer Reich und Glied gestellt, von dem Comité zur Unterstützung der Angehörigen der verurtheilten Mannschaften der 12. Compagnie mit je 25 % bedacht worden. Es sind von jener Compagnie noch 11 Mann, die ehemaligen Unterofficiere, in Strasburg, für welche, wie wir gehört, das gedachte Comité eine bedeutende Summe aufgespart hat. — Gestern und heute tagt hier die Kreisynode. Die gestrige Versammlung, an der auch die Kirchenältesten sämtlicher zur hiesigen Superintendentur gehörigen Kirchensprengel Theil nahmen, begann mit einem Gottesdienst in hiesiger Kirche, an welchen sich eine nicht öffentliche vom Königl. Consistorium zu Königsberg vorgeschriebene Discussion über die Ausbringung der Diäten der Geistlichen und Ältesten für die Kreisynoden und über die Mittel zur Einschränkung der Trunksucht und an diese endlich ein gemeinsames Wahl anschloß. Heute dagegen findet lediglich eine geheime Besprechung der Geistlichen über Kirchenzucht u. s. statt. Heute tagt hier die Versammlung

4	98 $\frac{1}{2}$	B
4	98	b $\frac{1}{2}$
4	96 $\frac{1}{2}$	⊗
4	97 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
4	99 $\frac{1}{4}$	⊗

Ausländische Fonds.		
5	62 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
5	70 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
4	78 $\frac{1}{2}$	⊗
—	75 $\frac{1}{2}$	⊗
5	84 $\frac{1}{2}$	— 84 b $\frac{1}{2}$
—	53 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
5	78 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ u ⊗
5	89	B
5	90 $\frac{1}{2}$	⊗
3	55	B
4 $\frac{1}{2}$	—	—
5	87 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
4	75 $\frac{1}{2}$	et b $\frac{1}{2}$
—	91 $\frac{1}{2}$	B
4	—	—
4	79	b $\frac{1}{2}$ u ⊗
—	88 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
—	—	—
—	55	B
—	Verloofung	
—	—	

Wechsel-Cours vom 30. August.	
Amsterdam kurz	4 $\frac{1}{2}$ 143 b $\frac{1}{2}$
do. 2 Mon.	4 $\frac{1}{2}$ 142 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
Hamburg kurz	5 $\frac{1}{2}$ 152 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
do. 2 Mon.	5 $\frac{1}{2}$ 151 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
London 3 Mon.	8 6 2 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
Paris 2 Mon.	6 80 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
Wien Oester. W. 8 L.	5 88 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
do. 2 M.	5 87 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
Münzburg 2 M.	3 $\frac{1}{2}$ 56 24 ⊗
Leipzig 8 Tage	5 99 $\frac{1}{2}$ ⊗
do. 2 Mon.	5 99 $\frac{1}{2}$ ⊗
Frankfurt a. M. 2 M.	3 $\frac{1}{2}$ 56 24 ⊗
Peitersburg 3 Woch.	5 89 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
do. 3 M.	5 89 b $\frac{1}{2}$
Berichau 8 Tage	5 81 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
Bremen 8 Tage	6 110 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$

Gold- und Papiergeld.	
Fr. W. m. R. 99 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$	Louis'd'or 111 ⊗
„ ohne R. 99 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$	Souvrs. 6 23 $\frac{1}{2}$ ⊗
Oest. östr. W. 88 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$	Goldfron. 9 8 $\frac{1}{2}$ ⊗
Pol. Wtn. —	Gold (z) 464 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
Dollars 1 12 $\frac{1}{2}$ ⊗	Silber 30 ⊗
Rapol. 5 12 B	

Nus letzter Herings-Muc-
tion, Matjes, fester Ruch à Tonne 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ und
8 $\frac{1}{2}$, Gschberger, frisch, à Tonne 7 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ und
Kleiberger-Heringe, à Tonne 6 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, Crown
Full, erste Ladung, à Tonne 13 $\frac{1}{2}$, empfiehlt
[6164] **E. W. Janké.**

Meury's Erben, Scharfenberg.

beziehe direct und erbitte darauf
Bestellungen. **W. Wirthschaft.**

Die Herren Theilnehmer an der am 14. August stattgehabten Fahrt nach dem Oberländischen Kanal werden davon benachrichtigt, daß eine Dividende von 21 *Gr* pro Person zu Gunsten derselben erzielt worden ist. Die Herren werden daher ersucht, diesen Betrag gegen Rückgabe ihrer Fahrбилет bis zum 15. September bei Herrn Kastellan Störmer abholen zu lassen. Der Nachschaffsbericht liegt dort zur Einsicht aus. Wer bis zum 15. September seinen Betrag nicht abgeholt hat, von dem wird angenommen, daß er denselben dem Bürger-Untersützungsfond zufließen lassen will.

Der Vorstand. [6193]

Druck und Verlag von H. W. Katermann
in Berlin